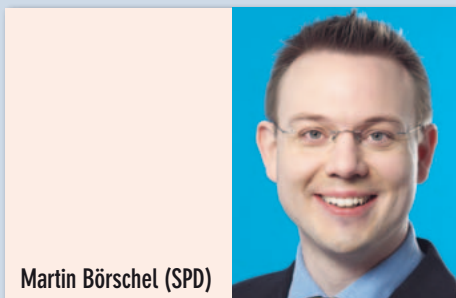




## „Landtag Intern“ macht den Aufschlag, die Abgeordneten retournieren.

# Schlag auf Schlag

Auf diesen Seiten beziehen die Fraktionen zum Schwerpunktthema Stellung.



### **Einen ausgeglichenen Haushalt bzw. die Einhaltung der Schuldenbremse 2020 ...**

... zu erreichen, ist für uns selbstverständliches Ziel. Das schaffen wir, indem wir eine ausgeglichene Konsolidierungspolitik betreiben, die Einsparungen und Mehreinnahmen enthält, aber auch mit Investitionen die richtigen Weichen für die langfristige Tragfähigkeit stellt. Die Schuldenbremse muss schließlich nicht nur 2020, sondern auch danach eingehalten werden!

... haben der Bund und alle anderen Bundesländer fest im Blick. Allein die rot-grüne Landesregierung in Nordrhein-Westfalen setzt ihre verantwortungslose Schuldenpolitik fort. In Zeiten höchster Steuereinnahmen verschuldet sie unser Land um weitere 3,5 Milliarden Euro. Die Menschen in Nordrhein-Westfalen haben eine verantwortliche Politik verdient und keine hemmungslose Schuldenmacherei.

### **Die Kürzung bzw. Streichung von Ausgaben ...**

... sind notwendige Bestandteile auf dem Weg zur Schuldenbremse. Ohne sozial ausgewogene Einnahmeverbesserungen sowie eine angemessene Bundesfinanzierung von Sozial- und Infrastrukturausgaben können unsere Haushalte aber dauerhaft nicht gerecht finanziert werden. Dazu gehören für uns auch die Vermögenssteuer, eine gerechtere Erbschaftsteuer und höhere Spitzensteuersätze.

...ersetzt die rot-grüne Landesregierung durch die Ausbringung von immer höheren globalen Minderausgaben. Damit umgeht sie das Budgetrecht des Parlaments und sagt den Bürgerinnen und Bürgern nicht, an welchen Stellen sie tatsächlich weniger ausgeben will.

### **Investitionen zum Beispiel in Bildung und Infrastruktur ...**

... komplettieren zusammen mit Einnahmeverbesserung und Einsparungen unsere Haushaltsstrategie. Dabei wollen wir unsere Ausgaben für Bildung und Infrastruktur darauf ausrichten, eine vorsorgende und sich möglichst ergänzende Wirkung zu entfalten. Eine gute Zusammenarbeit mit den Kommunen ist dabei erfolgsscheidend.

... müssen aus den laufenden Einnahmen bezahlt werden. Nur dann ist Präventionspolitik nachhaltig. Ansonsten bleibt die so begründete Schuldenaufnahme eine ungerechte Lastenverschiebung in die Zukunft und damit nur die alte sozialdemokratische Geldverteilungspolitik in einem neuen Gewand.

### **Eine stärkere Rolle des Landtags bzw. mehr Transparenz in Haushaltsfragen bedeuten für mich ...**

... die Förderung einer breiteren gesellschaftlichen Beteiligung am politischen Diskurs. Das bezieht sich sowohl auf eine verbesserte Darstellung im Internet als auch auf die Möglichkeit der Diskussion mit Bürgerinnen und Bürgern vor Ort.

..., dass die Landesregierung das Budgetrecht des Parlaments endlich ernst nimmt und wieder zu einer das Recht und die Verfassung achtenden Haushaltspolitik zurückkehrt. Das bedeutet: Es gehören wirklich alle geplanten Einnahmen und Ausgaben in den Haushalt. Luftbuchungen müssen ein Ende haben. Denn der Landtag ist kein Anhängsel der Regierung, sondern wählt und kontrolliert die Regierung.



## Diesmal zum Thema **Schuldenbremse.**



... ist durch das Grundgesetz festgeschrieben und unsere oberste Prämisse bei allen haushaltspolitischen Beschlüssen. Wir verfolgen dieses Ziel durch einen Dreiklang aus Einsparungen, gezielten Investitionen und Mehreinnahmen. Wir wollen noch vor 2020 ohne Neuverschuldung auskommen.

... sind notwendig zur Haushaltssanierung. Diese müssen auf der Basis klarer Analysen und nicht mit dem Rasenmäher erfolgen. Gleichzeitig brauchen wir Mehreinnahmen von Vermögenden und Besserverdienenden zur Finanzierung von Zukunftsausgaben. Dies sowie die Beendigung der strukturellen Benachteiligung NRW wird wahrscheinlich erst eine rot-grüne Bundesregierung ab Oktober 2013 herbeiführen.

... sind die Grundlage für ein auch in Zukunft prosperierendes Land NRW. Sie sind die Basis für gerechte Bildungs- und Teilhabechancen. Kindertagesstätten mit zusätzlichen U3-Plätzen, zukunftsfähige Schulen und Universitäten oder die Energiewende bedeuten notwendige Investitionen zur Stärkung der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Verhältnisse in NRW.

... tägliche Arbeit. Der aktuelle Haushalt hat ein Volumen von knapp 60 Milliarden Euro. Dies zeigt die extrem große Menge an Informationen und Zahlen, die auch jederzeit über die Homepage des Landtages abgerufen werden können. Transparenz ist wichtig und muss ausgebaut werden, doch vor allem ist die Haushaltsberatung komplexe und intensive Arbeit.



... müssen wir gerade im Interesse der jungen Generation zeitnah erreichen – und zwar vor 2020. Rot-Grün fehlt dafür trotz eines Schuldenstands von 136 Milliarden Euro der ernsthafte Konsolidierungswille. SPD und Grüne führen NRW stattdessen immer tiefer in die Staatsschuldenkrise. Die Zinslast verstellt politische Handlungsspielräume und macht den Staat abhängig von den Finanzmärkten und deren Zinsentwicklung.

... ist notwendig für einen schnellen Haushaltsausgleich – und möglich in einem schlanken Staat, der sich auf seine Kernaufgaben konzentriert. Einsparungen und Aufgabenkritik bedeuten weniger Schulden und weniger Zinslast. Die Rekordsteuereinnahmen der letzten Jahre zeigen: NRW hat ein Ausgaben- und kein Einnahmeproblem. Rot-Grün will nicht wirklich sparen und gibt lieber Geld für immer neue Wahlgeschenke auf Pump aus.

... sind auch zukünftig wichtig, da sie persönlichen Aufstieg und gesellschaftlichen Fortschritt ermöglichen. Ohne Bildung, Mobilität und einen wettbewerbsfähigen Standort ist unser Wohlstand nicht zu halten. Hier kürzt die Landesregierung, während sie Mehrausgaben für neue bürokratische Gängelung und soziale Umverteilung finanziert, die Freiheit und Lebensqualität kosten und Leistungsanreize ersticken.

... einen Fortschritt für die Qualität der politischen Arbeit. Transparenz schafft Vertrauen. Die Budgethoheit ist ein zentrales Parlamentsrecht. Alle Abgeordneten sollten dieses selbstbewusst und sachkundig ausüben. Eine wirksame Kontrolle der rot-grünen Regierung ist notwendig, um Steuergeldverschwendung zu verhindern. Finanzfragen sollten auch für die Bürger nachvollziehbar sein, um Akzeptanz zu finden.



... zu erreichen ist wichtig für den Erhalt des Vorrangs der Politik gegenüber Banken und Wirtschaft und ferner, damit die 1.0-Politik gezwungen wird, zu sagen, wo das Geld für ihre Wohltaten herkommen soll.

... ist unpopulär, gehört aber zu einer ehrlichen und im Wandel von Konjunkturlagen gestalteten Politik dazu.

... sind entscheidend für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Zukunft Deutschlands im insbesondere europäischen und auch weltweiten Kontext.

..., dass die Bürger mehr Möglichkeiten erhalten, sich einzubringen, und eine Steigerung der Möglichkeiten parlamentarischer Kontrolle der Landesregierung.